

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Rm. 20 Pf.
Herausgeber: Reichsstadt Dresden Nr. 21290, Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.

Aufklärungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingeschalt 5 M. — Ermaßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Gelehrte Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Bleitungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Hopfplänen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 88

Sonntag, 17. April

1921

Sammlung für die Sipo.

(N.) Ein Aufruf in den "Leipziger Neuesten Nachrichten" zu einer Sammlung für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die verletzten Angehörigen der Sipo mußte zu der Annahme verleiten, daß es sich hierbei um eine Sammlung zugunsten der Angehörigen der Sächsischen Landespolizei handele. Diese Annahme ist irrig. Die Sächsische Landespolizei ist im mitteldeutschen Aufzugebiet überhaupt nicht tätig gewesen. Sie hat auch keine Verluste bei Kampfhandlungen gezeigt. In den zwei Fällen, wo Angehörige der Sächsischen Landespolizei durch Unfallstöße verletzt und getötet worden sind, steht ihnen oder ihren Angehörigen ein Anspruch auf Unterstützungen nach Maßgabe des Beamten-Unfallversicherungsgesetzes zu. Die Sächsische Landespolizei ist deshalb nicht auf die private Wohltätigkeit angewiesen.

Die Wiedergutmachungs-pflicht.

Berlin, 16. April. Eine Groß-Berliner Kammerärztekammerung der S.P.D. nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, die deutsche Arbeiterschaft erkenne an, daß sie bereit ist, die volle Verantwortung für alle berechtigten Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen. Die Wiedergutmachungspflicht müsse aber begrenzt sein durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Die Ausweitung militärischer Gewalt durch die Machthaber des Verbands diene nur dazu, die Realität und den Kapitalismus in allen Ländern zu stärken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der internationalen Arbeiterschaft herabzudrücken.

Angebliches Recht auf Teilung Oberschlesiens.

Paris, 15. April. Über die Folgen der Volksabstimmung in Oberschlesien äußerte sich Briand vor dem Kammerausschuß dahin, daß der Vertrag von Versailles sowie der zum Ausdruck gekommene Willen der Bevölkerung das Recht gebe, eine Teilung des Abstimmungsgebietes vorzunehmen und zwar in der Art, daß man Polen die Städte und die industriellen Bezirke gäbe, und Deutschland die wirtschaftliche Zone.

Überwachung sämtlicher Zolleinnahmen.

Paris, 16. April. Wie der "Matin" mitteilt, haben gestern außer den am Vormittag im Elysée abgeschlossenen Besprechungen am Nachmittag noch zwei Sitzungen stattgefunden, die im Ministerium für öffentliche Arbeiten, die zweite am Abend mit denselben Personen im Elysée. Alle diese Beratungen sollen der Bezeichnung des Außenministers und dem Plane gehorchen, dieses Gebiet eventuell wirtschaftlich, finanziell und administrativ auszubauen. Der "Matin" macht übrigens darauf aufmerksam, daß falls es zu einem Konflikt kommen sollte, die Bezeichnung nicht am 1. Mai, sondern wohl etwas später erfolgen werde. Das Blatt sagt, nach Auskunft, die es erhalten habe, werde die Abstimmung Deutschlands zu dem Abkommen von Paris, das verfallen sei, nicht genügen. Die einzige Bestürzung, die neue Zwangsmäßigkeiten verhindern könne, sei, daß Deutschland, zumindest es die eine Milliarde Gold, die es des Sipo übergeben hat, für die es anderen sechzehn Milliarden Zahlungen in Waten, in Gold oder Industrieabteilungen sowie eine cruste Garantie, wie z. B. die Kontrolle über sämtliche Zolleinnahmen anbietet. Gleichzeitig dies nicht, dann würden die Verbündeten handeln.

Wie ein Mann für den Anschluß.

Innsbruck, 15. April. Heute fand ein großer Demonstrationzug gegen das Anschlußverbot der Verbündeten statt. In einer Ansprache gab Landeshauptmann Schärfel der Hoffnung Ausdruck, daß auch die übrigen Mitglieder der Landesregierung sich seiner Überzeugung von dem Rechte der Volksabstimmung anschließen würden. Zum Schluß wurde erklärt, die Tiroler würden wie ein Mann für den Anschluß an Deutschland stehen. Ohne Zwischenfall löste sich der Zug auf.

Die Besetzungspläne der Entente.

Die französischen Rüstungen.

Paris, 16. April. Marcel Hulin teilt dem "Echo de Paris" mit, der gestrigen Beratung im Elysée habe ein militärisches Bericht des Marschalls Foch und ein wirtschaftlicher Bericht des Ministers Louchard zugrunde gelegen. Im seinem Bericht unterscheidet der Marschall zwischen den Truppen, die zu Beginn der Beziehung des Kriegsgebietes unerlässlich seien, und deren Zahl eine hohe sei, und den Truppen, mit denen man sich später begnügen könne. Die leichteren Truppen dürften die Hälfte der Truppen nicht übersteigen, welche die französische Armee bis 1. April am Rhein unterhalten habe. Für den ersten Fall müsse man zwei Jahreklassen einberufen.

Enver Pascha.

London, 16. April. Wie der "Daily Telegraph" meldet, ist Enver Pascha in Moskau angelkommen, um dort mit den Bolschewisten über die Fortsetzung der England feindlichen Propaganda in Afghanistan und im mittleren Orient zu beraten.

Vriend und das neue deutsche Angebot.

Paris, 15. April. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Vriend, daß wenn Deutschland bis zum 1. Mai neue Angebote mache, er es nicht übernehmen würde, in neue Verhandlungen einzutreten ohne vorher Bürgschaften erholt zu haben, um eine Fortsetzung der ausreichenden Politik zu verhindern, die Deutschland zu betreiben versucht. Er weigerte sich, Unterhandlungen mit Mittelpersonen anzuknüpfen. Neue Verhandlungen würden unmittelbar zwischen Vertretern des Verbundes und denen der deutschen Regierung geführt werden. Falls Deutschland auf seiner Weisung verharre, seinen Verpflichtungen nachzukommen, habe die Regierung bereit einen Gesamtplan ins Auge gefaßt, der im Einvernehmen mit den anderen Verbündeten in Anwendung gebracht werden könnte. Vriend versicherte, wenn Frankreich neue Opfer bringen möchte, daß diese sofort kompensiert würden. Die besagten Gebiete würden so organisiert werden, daß Frankreich schwere Bürgschaften für die Wiedergutmachung der Schäden erhält.

Bezüglich der neuen Vorschläge, die Deutschland vor dem 1. Mai machen könne, erklärte Vriend, daß diese Angebote sich wahrscheinlich in der Haupttheorie auf Arbeitskräfte und Materialien beziehen würden. Diese Art der Reparation könne günstig aufgenommen werden unter der Voraussetzung, daß die deutsche Regierung einen genaueren Plan zur Zusammenarbeit vorlege, als dies in Spa geschehen sei.

Nicht nur das Ruhrlohlengebiet.

Paris, 16. April. Marcel Hulin erklärte im "Echo de Paris", daß aus der gestrigen Besprechung im Elysée offensichtlich hervorgehe, daß man sich nicht begnügen werde, das Ruhrlohlengebiet der Ruhr zu besetzen, sondern daß die Bezeichnung sich wenigstens zum Teil auf das weitere Industriegebiet von Westfalen ausdehnen werde.

Der Fall Sylt.

Berlin, 16. April. Da von kommunistischer Seite immer von neuem die Behauptung aufgestellt wird, der Obermoschinit Sylt sei im Berliner Polizeipräsidium einem Mord zum Opfer gefallen, hat sich der Polizeipräsident zum Schutz der ihm unterstellten Beamten und im Interesse einer gerichtlichen Klärstellung der Angelegenheit entschlossen, gegen die Verbüter der genannten Behauptung Strafantrag zu stellen. Bündestat ist Strafantrag gegen die verantwortliche Schriftleitung des "Roten Fahne" sowie gegen verschiedene kommunistische Redner in Versammlungen des Stadtparlaments gestellt worden.

Die Tschechoslowakei und die Sanktionen.

Prag, 15. April. Der Abgeordnetenausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß einstimmig, daß die Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nur auf verfassungsmäßigem Wege geltend werden kann. Die englischen Bergarbeiter für den Vorschlag Hodges.

London, 15. April. Thomas teilte mit, er habe den Bergarbeiterverbund davon in Kenntnis gesetzt, daß die Bergarbeiter den von Hodges gestellten Vorschlag annehmen sollen. Er finde es deshalb nicht gerechtfertigt, den Eisenbahnherrn den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahnherrn zugestimmt.

Japan und die Mandatsfrage.

Paris, 16. April. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Tokio bestreicht die japanische Regierung sich vor der Verantwortung der amerikanischen Note über die Mandatsfrage mit Frankreich und England in Verbindung zu setzen.

Teilnahme Amerikas an den Sitzungen der Alliierten.

Paris, 15. April. Lanquame lädt den "Matin", daß wahrscheinlich Präsident Harding dem amerikanischen Vertreter bei den Reparationskommissionen Borden den Auftrag erteilen werde, wieder an den Sitzungen der Alliierten teilzunehmen. Es sei auch nicht unmöglich, daß der amerikanische Botschafter Wallace aufs neue in kürzester Zeit an den Beratungen des Botschaftersates teilnehmen wird.

Abrüstungskonferenz in Washington.

London, 16. April. Nach einer Neuermeldung aus Washington hat Rogers, ein Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, im Repräsentantenhaus eine Entschließung eingebracht, in welcher Präsident Harding aufgefordert wird, Großbritannien, Frankreich und Italien zu einer Abrüstungskonferenz nach Washington einzuladen. Bis man über die Abrüstung übereinkommen sei, werde es die Politik des Kongresses sein, daß die wenigsten Staaten eine Flotte haben, die keiner anderen Macht unterlegen sei.

Hölz gesungen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß der kommunistische Gaudejahrer Max Hölz mit zwei seiner Freunde in einer Suchaktion festgenommen worden sei.

Zur Festnahme Hölz' wird noch gemeldet: Die Kriminalpolizei hatte ermittelt, daß Hölz sich schon seit mehreren Wochen in Berlin aufhielt. Er wurde vor zwei Tagen in einer Pension im Westen entdeckt. Kurz vor seiner Festnahme war es ihm jedoch gelungen, wieder zu entkommen. Heute nacht besuchten zwei Polizeibeamte, wie Hölz, der versucht hatte, durch Abnahme des Bartes und Kürschneiden des Haupthaars sowie durch eine Hornbinde sich unkenntlich zu machen, ein Kaffeehaus aufzusuchen. Als er dies zusammen mit einem Begleiter verließ, wurden beide von den Beamten festgenommen. Auf die Frage, wer er sei, erwiderte er, daß müßten sie ebenso gut wie er; sie brauchten ja nur im Fahndungsblatt nachzusehen. Als ihm auf den Kopf gesagt wurde, daß er Hölz sei, gab er dies zu. Die Verbüter wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Polizei sucht noch drei Pfeffer, die Hölz mit sich führt und in denen man außer den geradlinigen Geldern und Wertpapieren das gesamte Material über die Organisation des Märtaufstandes vernichtet.

Wie erreicht Österreich den Anschluß an Deutschland?

Die Abstimmung Tirols über den Anschluß an Deutschland ist auf den 24. April festgesetzt worden, und auch im Wiener Parlament drängt man darauf, daß die in Russland genommene Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich durchgeführt werde. So zeigt sich, daß der Anschlußgedanke, den die Franzosen mit allen Mitteln zu unterdrücken suchen, sich nicht aufzuhalten weiß. Einer der hervorragendsten Vertreter dieses Gedankens, der bekannte Geschichtsschreiber Ludo Moriz Hartmann, der frühere österreichische Gesandte in Berlin, rüttelt in einer Verlage von J. A. Perthes in Gotha unter dem Titel "Großdeutsch oder Kleindeutsch?" erscheinenden Schrift einen Appell von den schlechtunterrichteten Bevölkerungen an die besser zu unterrichtenden Völker". In leidenschaftlichen geschichtlichen Darlegungen gibt er eine Entwicklung der großdeutschen Idee und spricht als genauer Kenner der Verhältnisse über die Hemmnisse, die sich dem Anschluß Österreichs gleich nach der deutschen Revolution entgegenstellen. Zum Schluß aber zeichnet er dem deutsch-österreichischen Volle genau den Weg vor, den es gehen muß, um die lebensnotwendige Vereinigung mit Deutschland durchzuführen. Das Österreichische Volk ist allein dazu berufen, mit Energie und Geduld am Ende seine eigene Sache zu vertreten, denn es kann sich auf das Selbstbestimmungsrecht stützen, das als Grundlage der Friedensverträge wie des internationalen Rechts überhaupt anerkannt ist. Leitet die österreichische Nationalversammlung die einstimmig beschlossene Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland nicht selbst in die Wege, dann kann vom Volk die Abstimmung erzwungen werden, wie ja schon das Land Tirol selbständige Schritte in dieser Richtung getan hat. Ob aber die Abstimmung vollzogen, die zweifellos mit einer sehr großen Mehrzahl der für Deutschland Stimmbenden abgeschlossen würde, dann müssen die Delegierten Deutschösterreich mit diesen Abstimmungsergebnissen auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages vor dem Rat des Völkerbundes treten und ihr Recht fordern. Nach den Statuten des Völkerbundes aber ist für einen Beschluß Einigkeit erforderlich. Wie ist diese Einigkeit in der Abstimmung zu erreichen?

"Man wird vielleicht das Recht haben, anzunehmen," sagt Hartmann, "daß nur Frankreich innere Bedenken tragen wird, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen durch sein Votum anzuerkennen." England und Amerika haben an der Trennung Österreichs von Deutschland kein besonderes Interesse, und ihnen ist die Ruhe und Ordnung in Europa wichtiger als die Offenhaltung einer so gewichtigen Frage. Sie sind auch zu gute Rechner, um zu glauben, daß die Angliederung Österreichs in absehbarer Zeit Deutschland einen annehmbaren Machtszuwachs bringen könnte. Italien aber hat ein wesentliches Interesse daran, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu bekommen und will vor allem die Wiederkehr einer habsburgischen Großmacht verhindern, was durch den Anschluß geleistet kann. Es bleibt also von den Großmächten nur Frankreich, dessen Regierung es aus hysterischer Angst vor dem besetzten Deutschland auf jede Weise verhindern will, daß der Erbfeind, den man territorial und wirtschaftlich zu verschlanken bestrebt war, durch einen Zusatz von Kilometern und Einwohnern vergrößert werde. Aber auch Frankreich wird sich dem festen Verlangen Deutschösterreich nicht widersehen können. Man stellt sich seine Lage vor, wenn gerade das Land, das sich am meisten mit seinen demokratischen Traditionen zu brüsten pflegt, von allen Völkern der Erde für ein Veto dagegen eintritt, daß ein Volk, ohne frende Rechte zu verleben, sein Leben nach eigenem Willen, den es in freier Form proklamiert hat, einrichtet, und daß eine Volksindividualität nur als Mittel zu fremden Zwecken behandelt wird. Und man stellt sich die Lage des Völkerbundes vor, zu dessen Ausgabe es nach seinem Statut gehört, die Geschichtlichkeit herrschen zu lassen", und auf dessen Begründung in allen Teilen der Welt gesetzmäßige Hoffnungen gesetzt werden, — der aber in seinem ersten wichtigen Spruch nach dem Empfinden des größten Teiles der Welt einen Machtpruch statt eines gerechten Urteils stellt, sodass die

Gesetzesverleih aufrechtzu erhalten, für den Dienst der Landes-, Stadts- und Gemeindewerke werden, falls nötig, Schiedsbesprachen herangezogen werden.

Der neue englische Lord-Chanceller.

DA, London, 16. April.

Dem Nachfolger des als Abgeordneter nach Indien gegangenen Lord Reading im Amt des Lord-Chancellers wurde durch Königliches Dekret Sir Alfred Leatham Lawrence ernannt. Der neue höhere richterliche Beamte Englands steht im 78. Lebensjahr und genießt den Ruf eines der erfahrensten Juristen des Landes.

Die Narren in Irland.

London, 15. April. Die Wütter machen aus Dublin die Errichtung von Sir Arthur Evans durch 30 Simplicier. Das Haus wurde in Brand gestellt und völlig zerstört.

Ausstand der Hafenarbeiter in Malmö.

Malmö, 15. April. Die Hafenarbeiter in Malmö waren heute in den Ausstand, um gegen die Heraufsetzung der Löhne zu protestieren.

Narren in Udvora.

Kom, 15. April. Wie die Wütter aus Udvora melden, kam es zwischen Hafenarbeiter und Kommandanten zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Wütter wurden zurückgeschlagen und flüchteten in das Haus der republikanischen Partei, von wo sie auf die Hafen geschossen, die das Gebäude umzingelten. 2 Personen wurden getötet, 10 verletzt, davon eine schwer, und 15 Personen verhaftet.

Vom Landtag.

Beim Landtag sind u. a. folgende Thausachen zur Ausgabe gelangt:

Mr. 209. Antrag zum mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses B über den Antrag des Abg. Übert (Kom.) und Gen., betreffend Verwendung des Grand Union Hotel zu Wohnzwecken.

Der Landtag wolle beschließen:

den Antrag ablehnen.

Mr. 210. Antrag zum mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses A zur Vorlage Nr. 24, den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Rücklagefonds für die Landwirtschaftsbeteiligung des Wirtschaftsministeriums betreffend.

Der Landtag wolle beschließen:

dem Entwurf nebst Überschrift, Eingang und Schluß zuzuhören.

Mr. 212. Antrag der Abg. Bünger, Schiffmann, Dr. Herrmann (Dtsch. Vp.) und Gen.:

Der Bomdag wolle beschließen:

die Bekämpfung zu erfordern, unverzüglich durch geeignete Maßnahmen zu sichern, daß die Staatsbeamten bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der ihnen zu gewährten Tagesgelder und Reisekosten diejenigen, bei den heutigen Leuerungsverhältnissen über die geltenden Entschädigungsätze oft weit hinausgehenden notwendigen Auslagen erzielt erhalten, die ihnen auf ihren Dienstreisen tatsächlich entstehen.

Ortlische Angelegenheiten.

Dresden, 16. April.

* Der Bezirkssenatschuh der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt trat gestern vorzeitig unter dem Vorsitz des Hrn. Amtshauptmanns Dr. Schulze zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, auf deren Tagordnung vor allem das Ortsgesetz der Ge-

dorfer Freilichtbühne für Volkskultur berichtet worden.

— Aus Hamburg schreibt man uns: Der Altonaer Schauspielkreis beschäftigt sich zu diesem Abendtage im Hamburger Gewerbeschauhaus die Volksversammlung der Hamburger und Altonaer Schauspielerschaft. Die Verbandsleiterin, Hrl. Borchardt, erklärte, nach Ansicht des Rechtsvertreters der deutschen Bühnen- und Schauspieler, Justizrat Schlesinger, handle es sich um vorliegenden Halle überhaupt um keinen Kreis, sondern lediglich um eine Arbeitsvereinigung infolge Vertragsbruches der Altonaer Stadttheatergesellschaft, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen sei. Die anhängig gemachte Klage werde zweifelsohne zur Verurteilung der Gesellschaft führen. Die übrige Hamburg-Altonaer Künstlerschaft erhält sich mit den Streitenden solidarisch und bestmöglich, sie durch künstlerische Hilfsaktionen tatkräftig zu unterstützen.

* Interimstheater des Albertitheatervereins ("Tartuffe" und "Der eingebildete Kranke" von Molière.) Die Mitglieder des Albertitheatervereins gestern abend im Vereinsausse zwei Werke Molières. Mit dankenswertern Verdankern für die herzlichen Grüßen, die diese Vorstellungen in Sätzen ohne Theatereröffnung haben, hofften sie Werke gewünscht, die auf ein Mindestmaß von Dekoration beschränkt werden können. Doch alldeutlich blieben auch, wenngleich im Vereinsausse, mit der fast unmittelbaren Verhöhnung seines Podiums mit dem Besucherraum, für Theatralische Veranstaltungen Winkel bestehen, die nicht zu überwinden sind. Die Szene steht, wie sehr immer man auch besteht sein mög, die Beleuchtung abzudämpfen, in zu großem Glanz, weil sie abglüht an den Besucher herunter (b; es fehlt der im übrigen Sinne) dramatische Abstand, der Mimik und Gestik des Darstellers im besondern, aber auch das deklamierte Wort in jene Entfernung

meinden Deuben, Döhlen und Pöschappel hand, betreffend die Vereinigung der Gemeinden zu einem südlichen Gemeinwesen. Werner kam noch die Nennung des Wahlkommissars, die Frage des Elektrizitätswerkes und die Stellung der Gemeindevorstände in der neuen Stadt zur Sprache. Bezuglich der wirtschaftlichen Frage habe das Ministerium des Innern eine Ausschreibungsbestimmung erlassen. Die drei Gemeinden hätten allerdings die Einseitung der Vermögensüberreste unterlassen und aus dem neu aufgestellten Haushaltplan ergebe sich eine Unterblattn von 1500000 M. Der Mehraufwand betrage etwa 175000 M. Vor allem aber sei an dem neuen Haushaltplan zu bemängeln, daß keine Kulturaufgaben mit eingeschlossen worden wären. In der sich anschließenden Ausführungsfrage waren die Herren Bökel-Pöschappel, Gemeindevorstand Scheibner-Deuben, Lange u. a. für die baldige Klärung der Frage ein.

* Die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie "Bela" Ortsgruppe Dresden (Sekretär: Wendemann, 19, I.) veranstaltete am Donnerstag in der Tiergärtnerischen Hochschule Dresden, eine Kino-Kostüm-Präsentation, zu der die Familien der Mitglieder und Personen, die für die Bestrebungen des "Bela" Interesse haben, eingeladen waren. Nach einer willkommenen Aufprobe des Ortsgruppen-Vorsitzenden, Oberingenieur Mittich, in der er auf die Biele und Bekleidungen der "Bela" hinweist, wurde feierlich der Name Henning, Alten-Geflügelkraut Dresden, ein außerordentlich interessantes Filmprogramm angezeigt, das Einsicht in das Wunderreich der Natur (Seeaquarium, Leben der einheimischen Vogel) gestattete. Bilder aus dem Bereich der Industrie (Werdegang des Kapitales) und vieles andere mehr, was der Belebung dient und ungeahnte Ausküsse für die Weiterentwicklung der Filmkunst schafft.

* Der Dresdner Verein der Kinderfreunde (Vorsitzender) hält vor einigen Tagen seine Jahresversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Dr. Löher Woch den Jahren- und Kostenbericht erstattet hatte, fanden die sohnugbegümmten Wahlen statt. In Würdigung der hohen Bedeutung der Freizeit wurde das langjährige Vereinsmitglied Dr. Haupstättler Prof. Julius Wolf neu in den Vorstand gewählt. Nach Erledigung des Geschäftlichen sprach Prof. Dr. Weißner-Lenzig, die Geschäftsführerin des Deutschen Kinderfreundes, über die Lage der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.

* Rüdiger Montag beginnen die Jugendspiele des Gemeindeligen Vereins auf den Rosenplätzen in verschiedenen Stadtteilen unter fachkundiger Leitung. Die Spielplätze und Spielzeiten sind in den einzelnen Schulen zu ersehen. Allen Eltern kann nur empfohlen werden, ihre Kinder auf diese willkommenen Gelegenheit zum Turnen im Grünen aufmerksam zu machen.

* Zur vierhundertjährfeier des Reichstags von Worms veranstaltet der Evangelische Bund nächsten Montag, abends 1/2 Uhr, im Saale des Kaufmannschaft, Ostwall 1, eine Festveranstaltung. Hierzu sind auch die Freunde des Gustav-Adolfswerkes eingeladen, da der für Dienstag geplante Worms-Akt des Gustav-Adolf-Vereins ausfallen muß. Gestaltet: Oberhofstaatrat Superintendent Dr. Kühlisch. Mitreden: Hugo Walde. Gesänge: der Kirchenchor der Versöhnungsgemeinde unter Leitung von Kantor Eiter. Der Eintritt ist frei.

* Eine stark bedachte Versammlung der lutherischen Vereine Dresden und des Kirchenverbandes für Dresden fand am Freitag abend im großen Saal der Kaufmannschaft statt. Hr. H.

Büttner-Schultheiss v. Stodhammern-Berlin sprach in Wagner's Rede über das Thema "Der heilige Stuhl nach dem Weltkrieg" und berichtete hierbei von seinen Erfahrungen und Erkenntnissen während seiner diplomatischen Tätigkeit in Rom. So vermutet er interessante Bilder von der auf Völkerversöhnung gerichteten Tätigkeit des Papstes Pius X. und Benedikt XV. zu zeichnen und insbesondere der letztere sei unglaublich und mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit bemüht gewesen, dem gegenüberliegenden Sicherheitsrat der Völker ein Ende zu machen. Zugleich unterschreibt der Redner die Bedeutung des katholischen Kultus für das gesamte Christentum. Am zweiten Stelle beansprucht Kommenius' "Miniges-Berlin" die Frage "Welche Ausgaben erwachsen den Caritas aus dem Friedensvertrag?". Hierbei bot der Redner eine Reihe beachtlicher praktischer Vorschläge. Dazu gehört das Zusammengedenken der katholischen kirchlichen Verbände mit der die gleichen Ziele verfolgenden Inneren Mission der evangelischen Kirche. Weiter verteidigte man die Ansicht, daß der freiwilligen privaten Liebessätigkeit der weitaus größeren Raum gelassen werden müsse. Mit dem Karitas aller Länder, die mit Deutschland im Krieg standen, habe man die Verbindung aufgenommen und erstmals die Gründung eines internationalen Caritasverbandes. Dann berichtete der Redner von einer umfangreichen Hilfsaktion des Auslands, von großen Liebesgabenlebungen aus Amerika, die durch die deutsche Karitas verteilt werden sollen. Die fernere Hauptaktivität der Karitasverbände werde sich auf die Kinder, den Mittelstand und die caritativen Anstalten erstrecken müssen. Aber auch die Wiederaufnahme aller Hörsäträume vor dem Kriege sei erforderlich und der Redner schloß seine überzeugenden Darlegungen mit einem warmherzigen Aufruf zu regelmäßiger Mitarbeit. Bei Beginn der Versammlung hatte der Landtagabgeordnete Höllein der erschrockenen Polizisten plaudernde Worte gewidmet und nach dem ersten Vortrage gedachte Dr. Reichs-attornat Dr. Hille des Ablebens des Gründers des Deutschen Karitasverbandes, des Prälaten Weizmann. Der lebendige Redner beendete die Beranthaltungen mit dankenden Worten gegen die beiden Vortragenden.

* Der Kreisverband Dresden der Presseanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller hält seine diesjährige Hauptversammlung am Sonntag, den 24. d. M. im Preisse-heim Oberwörth ab. Auf der Tagesordnung steht der Vortrag des Jahresberichtes, der Bericht des Schatzmeisters mit der nachgewiesenen Richtigstellung der Rechnung und Entlastung des Vorstandes, die Neuwahl des Vorstandes, Anträge auf Änderung der Satzung und die Aufnahme über verschiedene Vereinsfragen. Bei Teilnahme an dieser Versammlung sind die ordentlichen und unterstützenden Mitglieder berechtigt, zur Abstimmung nur die ordentlichen. Im Anschluß an diese Versammlung findet die Hauptversammlung des eingetragenen Vereins "Sächsisches Journalisten- und Schriftstellerheim" statt. Deren Tagesordnung ist die folgende: Jahresbericht des Vorstandes, Bericht des Schatzmeisters und, nach erfolgter Richtigstellung, Entlastung des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes und Aussprache über Wirtschaftsangelegenheiten.

* Eine stark bedachte Versammlung der lutherischen Vereine Dresden und des Kirchenverbandes für Dresden fand am Freitag abend im großen Saal der Kaufmannschaft statt. Hr. H.

* Eine Pfarrbediente Verhandlung wird auch morgen, Sonntag, bei günstiger Witterung weiter fortgesetzt und von Cossebaude mit Halten auf allen Unterwegsstellen zur Versammlung des Baumblutvertrags wie folgt einrichten:

ab Dresden Hbf. 2,30 und 3,20 nachmittags nach Cossebaude und von Cossebaude 7,02 und 8,15 nachmittags nach Dresden Hbf. Außerdem stehen die Fahrgäste für die Hinfahrt ab Dresden Hbf. 6,51 vormitags, 12,12 und 1,20 nachmittags und für die Rückfahrt ab Cossebaude 1,33, 3,20, 8,56 und 10,43 nachmittags zur Verfügung.

* "Schloss Bogislöb" (die Entstehung eines Geheimnisses) erlebte gestern, Freitag, im Prinz-Theater keine Dresden Erfolgsführung. Der Dresdner erzielte einen vollen Erfolg. Ganzheit verbinden die wunderbaren Stimmungsbilder des mystischen Schlosses Bogislöb und die Dekoration des Salons, die das Gesäß und Stimmungsmäßige besonders stark betont. Anerkennung. Spielerisch klug hat es auf bestanden, den spannenden gleichnamigen Roman von Rudolf Strauß zu einem großartigen Stimmungsspiel zu gestalten. Die Anforderungen, die der Film an die Hauptdarsteller stellt, sind von den Mitwirkenden, Lothar Mehnert vom Dresdner Schauspielhaus, Paul Bildt und Olga Tschetoff, restlos erfüllt worden. Besonders ist Lothar Mehnert mehrheitliche Durchführung der Doppelrolle (Großvater und Vater Hasmund) zu nennen. Alles in allem ist es ein neues Meisterwerk auf dem Gebiete der Filmkunst, das vom Prinz-Theater dem Dresden Publikum geboten wird.

* Die Übernahme von Pastor Springer findet von jetzt an wieder nur Dienstag 8 Uhr in der Trinitatiskirche statt. Die für Mittwoch angegebene Bibelkunde ist damit auf Dienstag verlegt.

* Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Knothe beschäftigt sich seit gestern das Schönenbergergericht zu Dresden mit den schweren im Herbst v. J. in der Meilen-Weinböhlaer Gegend wiederholt verübten Verbrechen. Die umfangreiche Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Raubmord, versuchten Totschlag, verübten Mord mit verdecktem Werkzeug, schweren Einbruchdiebstahl, unterflossene Verbrechensangebote und Hehlerei. Die Geschworenen beobachten bei den drei männlichen Angeklagten sämtliche Schuldfragen, verneinen auch mildrende Umstände. Es wurden demnach Zeiche und Petri wegen Raubmordes und anderer Verbrechen je zum Tode, Zeiche übertrieben zu 15 Jahren, Petri zu 7 Jahren Zuchthaus, beide zu dauernden.

(Eingesandt.)



Ihr Prismenglas

wird instandgesetzt, gereigt, justiert bei



gebaut ist. Da die Stadtbibliothek hingegen im neuen Rathaus glänzend gelegen ist und gut eingerichtete Benutzungsräume hat, während sie nur in einigen bestimmten Gebieten der Bücherbestände größere Vollständigkeit besitzt, so haben sich beide Bibliotheken zu einer engeren Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, bei der die beidernden Vorhänge der Anstalten einander zur Ergänzung dienen sollen. Es wird vom 18. April an die Möglichkeit gegeben, daß das bisher bedarfende wissenschaftliche Publikum Bücher der Landesbibliothek auch in der Stadtbibliothek (Neues Rathaus, Zimmer 151) im Empfang nehmen kann. Auf diese Weise wird der Verlust gemacht, einerseits den Bewohnern der Stadtbibliothek bewegen die reichen Werke der Landesbibliothek zugänglich zu machen und andererseits den Bewohnern der Landesbibliothek zeitweise und heutigenfalls auch kostspielige Wege zu erpaten. Die Bestimmungen für die Entleihung aus der Landesbibliothek durch Vermietung der Stadtbibliothek sind in beiden Bibliotheken zu ersehen. Hier sei nur mitgeteilt, daß für jedes gewünschte Werk zwei Beleihcheinre aufzuschreiben sind und daß die vor 1,49 Uhr vom in der Stadtbibliothek bestellten Landesbibliotheksbücher von mittig 12 Uhr ab hier zur Verfügung stehen werden.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Lukaslike. Da beim Gedächtnisgottesdienst für die verstorbenen Kaiserin Auguste Victoria nächst Dienstag, abends 6 Uhr die Lukaslike von den zahlreichen Vereinen vollständig besetzt ist, findet an demselben Tage abends 8 Uhr ein weiterer Gedächtnisgottesdienst für die Gemeindeglieder der Lukaslike und alle, die sich zu dieser hatten, statt. In beiden Gedächtnisgottesdiensten wird Hofprediger Pfarrer Schäfer die Predigt halten.

